Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Prov. Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 217 — Nr. 59 a

Bezugspreis: vom 1.–15. 3 24 1.20 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig, familien-Anzeigen 4 Pfennig. Stellengesuche 3 Pfennig. Die 3 gespaltene 80 mm breite Grund-Reklamezeile 40 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale. Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 2512.

Halle-Saale — Sonntag, 9. März 1924

Geschäftsstelle Berlin Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Voraussichtlich erst im Juni Wahl

Die Rettung der Diäten

Wieder ein Tag gewonnen

Berlin, 8. März.

Ohne Angabe von Gründen hört man heute allgemein den Donnerstag statt des gestern angekündigten Mittwoch als den voraussichtlichen Tag der Auflösung nennen. Damit wäre also wieder einmal ein sicherer Tag gewonnen, obwohl in der Weiterberatung des Notetats noch Klippen liegen, die das Reichstagsschiff möglicherweise noch früher zum Scheitern bringen. Der Antrag der demokratischen Partei, die Wahl auf Sonnabend, den 12. April festzusetzen, scheint nur eine Geste gewesen zu sein und man hat nicht den Eindruck, daß er von den Antragstellern mit besonderem Eifer verfolgt wird. Es ist, da auch in den anderen Parteien keine besondere Stimmung für das Einbringen eines neuen verfassungsändernden Gesetzes, das für diesen Antrag notwendig wäre, herrscht, nicht damit zu rechnen, daß er angenommen wird. In der Besprechung, die der Reichskanzler heute vormittag mit dem Reichspräsidenten hatte, und die offenbar wiederum nicht zu einer vorbehaltlosen Erteilung der Auflösungsorder geführt hat, scheint doch eine gewisse Einigung darüber erzielt worden zu sein, daß als frühester Termin für die Wahlen der Anfang Mai in Frage kommt. Das heute morgen im Hauptausschuß des Reichstages behandelte Gesetz über die Goldkreditbank wird voraussichtlich bereits am Montag in der Vollsitzung zur ersten Lesung kommen und soll dann am Mittwoch in zweiter Lesung möglichst erledigt werden.

Reichstagswahlen im Juni?

Berlin, 8. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Frage der Reichstagsauflösung und der Termin der Neuwahlen bildete auch heute den Hauptgegenstand der Unterhaltung in den Wandelgängen des Reichstages. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hofft man über die vorhandenen Schwierigkeiten doch noch in letzter Stunde hinwegzukommen und damit die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten zu verhindern. Es wird davon gesprochen, daß auch die Mehrzahl der Reichsminister nicht mehr unbedingt für eine Auflösung des Reichstages ist. Die Neuwahlen dürften nach Ansicht der parlamentarischen Kreise erst im Juni stattfinden, da die Vorbereitungen der Wahl, namentlich im besetzten Gebiet, wo erst eine Fühlungnahme mit der Rheinlandkommission notwendig ist, längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Einer Verschiebung des Wahltermins bis Juni dürfte auch nach Ansicht vieler Parlamentarier die Reichsregierung ihre Zustimmung nicht versagen.

Parteiwechsel einer ganzen Ortsgruppe

Franzburg, 8. März.

Die „Pommersche Tagespost" schreibt: Die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei in Eichholz, Kreis Franzburg, ist nach einem Vortrag des deutschnationalen Abg. Logemann-Rathlosen und des Geschäftsführers der Partei, Vosberg, aus Stralsund geschlossen zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten.

Die Goldnotenbank

Die Goldkreditbank

Berlin, 8. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute die Frage der Goldkreditbank behandelt. Der Vorsitzende Dr. Pachnicke (Dem.) machte darauf aufmerksam, daß ein Gesetzentwurf zur Stunde noch nicht vorliege und es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht überlassen bleiben müsse, Inhalt und Begründung zu skizzieren.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ergriff hierauf das Wort und führte aus, daß sich die ganzen Beratungen über diese Frage vielleicht etwas eilig zusammendrängen, aber das sei angesichts der Lage des Reichstages und der ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage erforderlich. Die Reichsbankpräsident betonte, daß er sich unmittelbar nach seiner Ernennung zum Reichsbankpräsidenten nach London begeben habe, um dort die Verhandlungen zur Verwirklichung seines Ideenganges aufzunehmen, der ihn seit längerem beschäftigt habe und der von Grundlagen ausgeht, die der Reichsbankpräsident nunmehr näher darlegte. Wir haben in Deutschland, so führte er aus, heute eine Papierwährung, die durch die Inflation an den Rand des Abgrundes gebracht worden war. Wir haben sie stabilisiert in einem gewissen Umfange durch die Ausgabe der Rentenmark. Die Gründe, daß wir die Rentenmark pfleglich behandeln müssen, liegen insbesondere darin, daß die Rentenmark nicht in jeden beliebigen Mengen verwendet werden kann, daß man also diese Rentenmark nur in solcher Menge in den Markt hinausgibt, wie sie sich dem Bedarf der Wirtschaft anschließt. Daraus ersehen wir, daß wir in Deutschland infolge der ganzen Verordnungen, in die wir hineingeraten sind, eine Kapital- und Kreditnot haben, der unbedingt abgeholfen werden muß.

Dr. Schacht vor dem Hauptausschuß

Berlin, 8. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Ausführungen, die Dr. Schacht über die abgeschlossenen Vorarbeiten und den Gesetzentwurf für die Goldkreditbank gemacht hat, sind offenbar mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen worden, wenn auch in der am Montag und Dienstag im Plenum des Reichstages stattfindenden Debatte über die Vorlage an Einzelheiten eine gewisse Kritik geübt werden dürfte. Es wird besonders begrüßt, daß es durch die Form, die der Reichsbankpräsident gefunden hat, das Grundkapital der Bank deutsch bleibt, wenn auch dadurch, daß die Reichsbank auf einen ausländischen Kredit von 80 Millionen Goldmark zurückgreift, eine indirekte ausländische Beteiligung vorliegt. Durch die Beteiligung von 100 plus 1 an dem Aktienkapital von 200 Goldmillionen hat die Reichsbank die Majorität, die erfreulicherweise jedem politischen Einfluß auf die Bank wie auch eine Abzehrung durch staatliche und kommunale Anleihen ausschließt. Außerordentlich wichtig ist die Zusicherung des Auslandes, die Wechsel der Bank zu rediskontieren, so daß eine Gewähr dafür gegeben ist, daß das Kapital flüssig bleibt. Dadurch gewinnt die Bank den Charakter einer Vermittlungsstelle für Auslandkredite, ohne die Deutschland seine Wirtschaft nicht weiter zu führen vermag, und macht zugleich der deutschen Wirtschaft die billigeren Diskontsätze des Auslandes zugänglich, was nicht ohne gesundenden Einfluß für unsere inneren Finanzverhältnisse bleiben wird.

Die Debatte über die Goldkreditbank

Berlin, 8. März.

An die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haushaltsausschuß des Reichstages schloß sich eine Debatte an. Abg. Dauch (Deutschn. Volksp.) nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß es sich bei der Neugründung lediglich um eine Golddiskontbank, nicht aber um eine Währungsbank handle. Dr. Helfferich (Dn.) bekämpfte den ganzen Plan. Er hielt zwar auch Kredite für notwendig, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten, vermiet aber darauf, daß solche Abkommen bereits getätigt worden sind. Es sei ferner eine schwere Gefahr, daß dem neuen Institut das Recht der Notenausgabe gegeben werden soll. Der Abg. Keinath (Dem.) glaubte, daß Auslandskredite für die deutsche Wirtschaft von solcher Wichtigkeit seien, daß demgegenüber auch Bedenken in Einzelheiten zurückgestellt werden müßten. Das Pfund erklärte er für die richtige Basis. Für das Zentrum erklärten die Abgg. Esser und Schlack ihre grundsätzliche Zustimmung. Der Abg. Rauch (Bayerische Vpt.) betonte nur, das Notenrecht der gegenwärtig damit ausgestatteten Banken dürfe in keiner Weise durch die Golddiskontbank beschränkt werden. Die weitere Aussprache spielte sich in vertraulicher Sitzung ab, an deren Schluß der Vorsitzende feststellte, daß über die weitere Behandlung der Vorlage das Plenum zu entscheiden habe. Wahrscheinlich werde sich am Dienstag der Ausschuß mit der Einzelberatung der Vorlage beschäftigen.

Dr. Schacht vor dem Zentralausschuß der Reichsbank

Berlin, 8. März.

(Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank berichtete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, über die beiden Gesetze, die für die Errichtung der Golddiskontbank notwendig werden, einmal den Gesetzentwurf zur Abänderung des Bankgesetzes, andererseits den Gesetzentwurf über die Golddiskontbank. Der Zentralausschuß erteilte seine Zustimmung und ermächtigte das Reichsbankdirektorium, die mit der Errichtung der Bank zusammenhängenden Arbeiten fortzusetzen, auch bevor die alsbald einberufene Generalversammlung stattgefunden hat.

Bayerischer Protest gegen Ludendorff

München, 8. März.

Amtlich wird mitgeteilt: Die bayerische Regierung hat unmittelbar nach der Verteidigungsrede des Generals Ludendorff dem apostolischen Nunzius in München, Monsignore Pacelli, mündlich ihr lebhaftes Bedauern über die in dieser Rede gegen den Heiligen Stuhl gerichteten Angriffe zum Ausdruck gebracht und hierbei betont, daß sie diese in jeder Hinsicht unberechtigten Angriffe außerordentlich peinlich und schmerzlich empfinden.

Das „unsichtbare" Regiment im besetzten Gebiet

Düsseldorf, 8. März.

Trotz der Zusicherung, daß nach Abbau des passiven Widerstandes die Gesetzgebung im Ruhrgebiet möglichst unsichtbar gemacht werden solle, sind erneut in großer Anzahl Beschlagnahmen von Gebäuden und Wohnungen vorgenommen worden. Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat nun den französischen Oberbefehlshaber gebeten, wenigstens für das Ruhrgebiet zuzusichern, daß Neubauten nicht beschlagnahmt werden. Die Bitte wurde jedoch abgelehnt. Auch alle Versuche, die französischen Befehlshaber zu bestimmen, von der Beschlagnahme von Schulen Abstand zu nehmen, blieben ohne Erfolg. Nach einer Uebersicht aus dem abtretenden Gebiet sind dort bisher angefordert an Bauten: 22 Truppenlager, die zum größten Teil als Massiv-Baracken ausgeführt werden müssen, außerdem Neubauten von 19 Kasernen und zur Entlastung der Gemeiden weitere 11 Kasernen.

Ein französischer Maskenball auf unsere Kosten

Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Am 1. März d. J. fand im Festsaal der Regie-Direktion (d. i. dem Sitzungssaal der deutschen Reichsbahndirektion Ludwigshafen!) für die französischen Eisenbahner ein Maskenball und Kostümfest statt. Den Ehrenvorsitz hatten der Präsident der Regie Dubois und der Vizepräsident Forestier übernommen.

Die „Hamburger Nachrichten" zur Kontrollnote

Hamburg, 8. März.

Zu der neuen Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit in Deutschland schreiben die „Hamburger Nachrichten" heute morgen: Soviel steht jedenfalls fest, diese Note können wir uns nicht gefallen lassen, wenn sich das deutsche Volk nicht vor sich schämen soll. Wieder einmal soll Deutschland das willenlose Opfer für eine Verständigung zwischen Frankreich und England sein. Wieder einmal soll uns ein Diktat aufgejocht werden. Dazu kann Deutschland nur ein entschiedenes Nein sprechen und mit seiner ganzen Volkskraft hinter diesem Nein stehen. England enthüllt sein wahres Gesicht. Macdonald, der Sozialist, reist ihm die Heuchlermaske ab. Aber in England zuerst wird man auch die Sprache verstehen, die jetzt Deutschland gründlich und bündig sprechen muß.

Die englischen Flottenmanöver im Mittelmeer

London, 8. März.

Am kommenden Montag wird die englische Flotte im Mittelmeer in der Nähe der Balearen eine Reihe von Manövern beginnen, und der erste Lord der Admiralität, Beatty, wird sich persönlich an Ort und Stelle begeben. In dieser Jahreszeit ist es seit altersher üblich, daß die atlantische Flotte auf ihrer Frühlingskreuzfahrt das Mittelmeer besucht, wobei sie mit verschiedenen Einheiten der Mittelmeerflotte in Malta zusammenzutreffen pflegte. Seit 1919 jedoch ist es nicht möglich gewesen, solche ansehnlichen Geschwader wie in diesem Jahre zu gemeinsamen Uebungen zusammen zu bringen. Im vorigen Jahre befanden sich die Schiffe der englischen Mittelmeerflotte angesichts der ungeklärten politischen Verhältnisse in der Türkei und im nahen Osten, in Konstantinopel, Chanek, Smyrna und anderen Plätzen in der Nähe und im Jahre 1922 war es nicht viel anders. Die Besserung und Klärung der Lage im nahen Osten macht es in diesem Jahre möglich, alle sechs Schlachtschiffe und fünf von den sechs leichten Kreuzern der Mittelmeerflotte unter dem Kommando des Admirals Sir John de Robeck zusammenzubringen. Die gesamte Manöverflotte wird aus ungefähr 90 Flotteneinheiten verschiedener Art bestehen. Das Oberkommando führt Admiral de Robeck auf seinem Flaggschiff der berühmten „Queen Elizabeth", während Brocks Flaggschiff der „Iron Duke" ist. Wie die „Times" zu wissen glauben werden die Manöver in zwei verschiedene Aufgaben zerfallen. Zu Beginn der nächsten Woche werden die leichteren Kräfte die Aufgabe haben, eine feindliche Flotte anzugreifen mit dem Ziele das Hilfsgeschwader in Aktion treten lassen zu können, während die Unterseeboote patrouillieren und die Seeflugzeuge Rekognoszierungsdienst machen werden. Diese Manöver-Bewegungen sollen verschiedene Flottenkämpfe im Weltkriege reproduzieren u. a. auch die verschiedenen Phasen der Skagerrakschlacht. Der zweite Teil der Manöver wird voraussichtlich nur die Zerstörereinheiten, die Unterseeboote und die Flugzeuge in Anspruch nehmen. Die Manöver werden am Sonnabend der nächsten Woche abgeschlossen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403092-14/fragment/page=0001

Das eigenartige Verhalten Seissers

Der Hitlerprozeß

München, 8. März.

Generalleutnant v. Hildebrand fährt in seiner Zeugenaussage fort:

In den Zeitungskritiken der Verteidigungsrede Ludendorffs hieß es, daß Ludendorff von einer weißblauen Gefahr gesprochen habe. Ich stehe der politischen Bewegung vollkommen fern, habe aber aus den wiederholten Unterhaltungen mit Ludendorff seine Gedankengänge gehört und sein ernstes Streben für den nationalen Wiederaufbau. Ich kenne seine Ansichten genau, und es hat mich am meisten überrascht, daß er von einer weiß-blauen Gefahr gesprochen haben sollte, wo ich mich doch mit Ludendorff vollkommen eins wußte in der Verehrung für das hohe Haus Wittelsbach, in der Bewunderung der tapferen, alten bayerischen Armee und in der Liebe zum treuen bayerischen Volk und seinem herrlichen Lande.

Ich habe ferner gelesen, daß man den Ausführungen Ludendorffs unterstellt hat, als habe er von einer katholischen Gefahr gesprochen. Ich bin in der Lage, auch darüber seine Ansichten äußern zu können. Ludendorff hat die beiden Konfessionen, die katholische und die protestantische, vollkommen gleichgestellt. Ich erinnere mich genau, daß er vor Monaten zu mir sagte, er stehe auf dem Standpunkte Friedrichs des Großen: „Jeder werde nach seiner Façon selig." Er steht als Christ den Katholiken wie den Protestanten vollkommen gleich gegenüber.

Ludendorff ist von einer außerordentlich tiefen Frömmigkeit, wie ich sie vielleicht bei allen meinen Kameraden nie wieder gesehen habe. Ich habe kaum eine Rede von ihm gehört, in der er nicht von Gottvertrauen sprach. Und damit war es ihm tiefernst. Ludendorff hat aus christlichen Gründen niemals die Katholiken hinter die Protestanten gestellt, im Gegenteil, er wertete die Segnungen beider Konfessionen gleich.

Auf die Frage eines Verteidigers bemerkt der Zeuge, daß er selten einen Offizier in so hoher Stellung gesehen habe mit so wenig Ehrgeiz wie Ludendorff.

Justizrat Kohl erklärt, daß er gestern mit einem entlassenen Schüler der Infanterieschule zusammen war, der ihm erklärt habe: Wir haben in der Infanterieschule die ultramontane Gefahr als blauweiße Gefahr bezeichnet, und deshalb ist mir bei meiner Vernehmung der Irrtum unterlaufen, daß mir den General Ludendorff die „weißblaue Gefahr" in den Mund legten statt der „ultramontanen".

Zeuge Hildebrand: Ich habe nur gehört daß Ludendorff die Politik der Zentrumspartei bekämpfte, nie aber irgendwie die Religion.

Nächster Zeuge ist Oberstleutnant v. Berchem, Führer des Infanterie-Regiments Nr. 19.

Die Verteidiger Roder und Luetgebrune verlangen, daß der Zeuge unvereidigt vernommen werde, oder doch erst am Schlusse seiner Vernehmung vereidigt werde.

Der Vorsitzende betont, er werde den Zeugen zunächst unvereidigt vernehmen.

Der Zeuge erklärt, er habe bei seiner Ansprache an das Bataillon am 3. März gesagt: es sei eine Verleumdung, wenn man sage, Braun habe Caselta erschossen. Braun habe am 9 November überhaupt keinen Schuß abgegeben. An Hand der Gefechtslage stellt der Zeuge fest, daß Braun Caselta gar nicht hätte erschießen können. Er hatte es für vollkommen ausgeschlossen daß Caselta sterbend den Namen Braun ausgesprochen habe. Wenn ein Zeuge das behaupte, irre er sich zweifellos. Der Zeuge stellt fest, daß er bei seiner Ansprache am 3. März der Soldaten nicht aufgefordert habe, sie sollten jedem Zwiflsten auf den Mund schlagen, der die Behauptung über Braun weitergebe.

Der nächste Zeuge, Leutnant a. D. Alois Hecker, wurde am 9. November, morgens ½8 Uhr im Wehrkreiskommando gebeten, zu General Lossow zu gehen und eine Besprechung mit Ludendorff zustande zu bringen. Er habe General Lossow Mitteilung gemacht. Dieser habe sich aber ungedrückt und erst nach einiger Zeit erwidert, es sei das Wort gebrochen worden und infolgedessen keine weitere Verständigung mehr möglich. Der Zeuge hat dann nochmals versucht, die Notwendigkeit klarzumachen, Ludendorff eine Mitteilung zukommen zu lassen. Das sei aber abgeschlagen und ihm außerdem verboten worden, aus der Kaserne wegzugehen. — Der Vorsitzende fragt: Dabei soll auch die Aeußerung gefallen sein: Ja, das könnte Ihnen passen, wenn ich meinen Plan aufdecken würde. — Zeuge: Ja, so lautete die Aeußerung des Generals Lossow. — Der Zeuge erklärt weiter, er könne sich erinnern, daß in der Unterredung mit dem General Lossow das Wort „Rebellen" gefallen sei, wisse aber nicht mehr, in welchem Zusammenhang.

Als nächster Zeuge folgt Polizeimajor Freiherr von Imhoff. Er erklärt, Oberst Banzer habe einer Offiziersbesprechung der Landespolizei erklärt, daß es für die Landespolizei nur den Gehorsam und die Pflicht gebe. Sie müsse einschreiten gegen alle Umsturzversuche von rechts oder von links, müsse sich nötigenfalls mit der schärfsten Waffe durchsetzen, und jeder einzelne Offizier müsse sich prüfen, ob er einer derartigen Belastung gewachsen sei. Wer etwa glaube, diese Belastung nicht tragen zu können, der solle es frei bekennen. Genau er sich aber erst erklärt in dem Augenblick, wo es hart zu hart gehe, wäre das Unehrlichkeit. Oberst Banzer habe außerdem angeordnet, daß in diesem Sinne auch die Verbände belehrt werden sollen. Es sei auch nicht schade, wenn das allgemein in den Kreisen der Nationalsozialisten bekannt werde. In einer zweiten Besprechung bei Oberst von Seisser am 8. November stellte Oberst von Seisser etwa folgendes fest: Eine Eingabung mit dem Kampfbund sei bisher nicht möglich gewesen. Hitler und Ludendorff strebten die Bildung einer nationalen Reichsregierung in Bayern an und wollten nötigenfalls mit Gewalt nach Norden vorgehen. Exzellenz Kahr sei der Ansicht, daß ein derartiges Vorgehen zu einem absoluten Mißerfolg führen müsse und würde niemals mittun. Außerdem sagte Oberst von Seisser noch etwa folgendes: Er habe sich bisher immer bemüht, der Landespolizei die bittere Notwendigkeit zu ersparen, einmal gegen nationalgesinnte Männer auftreten zu müssen. Er hoffe im Vertrauen auf gegebene Zusicherungen, daß auch künftig diese Notwendigkeit nicht eintreten werde. Sollte aber wider Erwarten der Kampfbund doch losschlagen, etwa wenn die Führer der Bewegung ihrer nicht mehr Herr werden, so wisse er, daß die Landespolizei in Beherrschung erzogen sei und ihre Pflicht tun werde, wenn es ihr auch unendlich schwerfallen müßte. Oberst Seisser erklärte weiter, daß im Falle eines Putsches die Landespolizei ihre Pflicht tun müßte und daß sie dann auch gegebenenfalls von der Schußwaffe Gebrauch machen müsse. Der Zeuge schildert dann die Ereignisse vom 8. und 9. November und teilt mit, daß ihm um 9 Uhr 15 Min. abends ein Kriminalbeamter alarmes Mitteilung von den Ereignissen im Bürgerbräu gemacht habe. Das erste, was er tat, war, daß er die Landespolizei alarmierte. Auf die Nachricht, daß Verbände von Nationalsozialisten im Anmarsch seien, ließ er die ganze Landespolizei in höchste Bereitschaft setzen und besprach mit Baron Freyberg den Aufruf der Reichswehr und die Heranziehung auswärtiger Verstärkungen. Außerdem veranlaßte er die Besetzung von Hauptpost und Telegraphenamt, um die Fernleitungen in der Hand zu haben. Ferner wurde allen Verbänden der Landespolizei die Verteidigung ihrer Unterkünfte besonders anempfohlen. Später sei dann Oberstleutnant Freiherr von Lerchem bei ihm eingetroffen mit der Aeußerung, es müsse doch alles Schwindel sein. Der Zeuge wurde dann zum Oberst Seisser telephonisch befohlen. Seisser habe gesagt, nun komme es für die Landespolizei darauf an, die polizeilichen Stützpunkte zu halten. Es dürfe niemand hereingelassen werden und es müsse nötigenfalls Gewalt angewendet werden. Oberst Seisser bemerkte weiter mit ironischer Bitterkeit: Jetzt haben sie mich zum Reichspolizeiminister gemacht! Den gibt es ja gar nicht. Zwischen ½3 und 3 Uhr morgens wurde vom Generalstaatskommissar fernmündlich der bekannte Funkspruch ausgegeben: „Kahr, Lossow und Seisser ablehnen Hitler-Putsch!" und bald nach 3 Uhr kam ein Abgeordneter des Generalstaatskommissariats, der den Auftrag überbrachte, die Herren Frick und Poehner zu verhaften. Von der Verhaftung sollte womöglich bis zum Morgen nichts bekannt werden. Kaum war dieser Auftrag ausgerichtet, so trat Oberamtmann Frick in das Zimmer des Zeugen, um sich über die Lage zu orientieren; er wurde verhaftet, ebenso etwas später Poehner.

Staatsanwalt: Ich möchte bemerken: Es ist kein Geheimnis, daß ich der Verfasser der Anklageschrift bin. Es war wiederholt die Rede davon, daß diese Anklageschrift mit der Denkschrift des Generalstaatskommissars oder irgend einer anderen Schrift übereinstimmt. Ich glaube, es findet sich in der Anklageschrift nicht ein Wort, das nicht durch den Akteninhalt oder Zeugenaussagen gedeckt ist. Dies muß einmal in der Oeffentlichkeit hervorgehoben werden.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärt der Zeuge Imhoff, er habe den Eindruck gehabt, daß Seisser die Ereignisse im Bürgerbräu ablehnte und daß es Seisser darauf ankomme, unter allen Umständen die nötigen Machtmittel auch von auswärts heranzubringen.

Rechtsanwalt Holl bemerkt: Die Verteidigung hätte sich in diesen Tagen Hunderte von Fragen ersparen können, wenn man den Hauptzeugen, der allein die Verantwortung zu tragen hätte, vorher vernommen hätte.

Der Vorsitzende antwortet, daß General v. Lossow am Montag vernommen werden soll.

Rechtsanwalt Holl: Das ist nicht der Hauptzeuge, auch nicht Seisser, sondern Herr v. Kahr. Kahr muß am Montag vernommen werden.

Rechtsanwalt Göt überreicht dem Vorsitzenden einen Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Frick, da keine Fluchtgefahr bestehe. Der Vorsitzende gibt den Antrag an die Staatsanwaltschaft weiter.

Justizrat Kohl stellt den Antrag auf Haftenlassung des Angeklagten Brückner, da in dieser Sache überhaupt keine Zeugen mehr vernommen werden.

Die Sitzung wird hierauf auf Montag vormittag 9 Uhr vertagt.

Die Pariser Presse über Poincaré

Paris, 8. März.

Die Kommentare der Zeitungen zu der gestrigen Poincaré-Rede gipfeln in der Feststellung, daß die Rede des Ministerpräsidenten keinen deutlichen Ausblick auf die Zukunft eröffnet. Blätter wie „Echo de Paris", die der Regierung sonst treue Gefolgschaft zu leisten pflegen, schlagen einen bitteren Ton an. Das letztgenannte Blatt bezeichnet die Ansprache Poincarés als eine Zusammenstellung von Formeln, Versprechungen und Hoffnungen, auf die das Land keinen Wert lege. Vermutlich werde Poincaré noch Gelegenheit haben, seine Auffassung von der inneren Politik umfassender und rückhaltloser darzulegen. Es sei zu hoffen, daß er jede Gelegenheit zu benutzen wissen wird. Gustav Herve in der „Victoire" erhebt gegen Poincaré die bekannten Beschuldigungen. Er sagt, er stünde nicht auf der Höhe der Situation, da er nicht zu diktatorischen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen wisse. Herve stellt weiter betrübt fest, daß Poincaré im Verlaufe seiner 35stündigen Kammerrede nicht ein einziges Mal das Wort „bloc nationale" gebraucht habe. Von der linksradikalen Presse hält „Oeuvre" die Erklärung Poincarés hinsichtlich der Ruhr-Okupation für geradezu bedauerlich. Das Blatt gibt der Befürchtung Ausdruck, daß sich Frankreichs Stellung im Hinblick auf die kommenden interalliierten Besprechungen nicht verbessern könne. Einen entgegengesetzten Standpunkt nimmt „Journee Industrielle" ein.

Der Sturz des Franken

London, 8. März.

Der weitere Sturz des französischen Franken erregt großes Aufsehen. Der Pariser Berichterstatter des „Times" schreibt, der Ernst der Lage werde von der französischen Regierung, im Parlament und in der Oeffentlichkeit erkannt. Dem City-Redakteur des „Daily Egpreß" zufolge wurde gestern hier erwartet, daß der Franken weiter sinken werde. Gestern nachmittag sei ein dauerndes Angebot von Franken aus der ganzen Welt erfolgt. Es sollen Geschäfte sogar in Höhe von 116 Franken für das Pfund abgeschlossen worden sein.

Der Franc wieder verschlechtert

London, 8. März.

Bei der heutigen Eröffnung der Börse notierte der französische Franken mit 116,25 (gegenüber 111 gestriger Schlußkurs) und der belgische Franken 131,75 (gegenüber 125,25 gestriger Schlußkurs).

250 Millionen Dollar-Anleihe für Deutschland im September

Paris, 8. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Aus New-York meldet die „Chicago Tribune": In amerikanischen Bankierkreisen herrscht die Auffassung, daß Deutschland im September eine Anleihe von 250 Millionen Dollar gewährleistet werden müsse, sofern bis dahin die Reparationsfrage gelöst sei. Die Anleihe soll durch die deutschen Eisenbahn- und Zollein nahmen gedeckt werden.

Eine neue sowjetistische Errungenschaft

Hamburg, 8. März.

Das hiesige kommunistische Organ „Hamburger Volkszeitung" bringt folgende Mitteilung:

Moskau, den 4. März 1924. Lieber Freund! Wir erhielten aus Moskau folgende Meldung: „W. G.! Hiermit teilen wir Euch mit, daß das Gouvernement Jekaterinburg die Chefschaft über die Gefängnisse Hamburg übernommen hat. Wir bitten, uns so schnell wie möglich die genaue Zahl der Gefangenen, Name und Alter, ihre gegenwärtige Lage und ob ein Briefwechsel mit ihnen möglich ist, mitzuteilen. Mit kommunistischem Gruß, Zentralkomitee der J.M.H."

Das Blatt fügt hinzu, man möge ihr die gewünschten Mitteilungen übermitteln.

Evangelischer Oeffentlichkeitswille

Die erwachende Kirche — Kirche und Presse — Eine bedeutende Tagung.

Die äußere und innere Loslösung der Kirche vom Staat, die naturgemäß mit mancher Unzuträglichkeit verbunden ist, hält das evangelische Volk noch immer in Spannung. Es kann auch heute noch nicht irgendwie die Rede davon sein, daß die Krisenstimmung überwunden wäre, es stehen noch mancherlei Sturmzeichen am Himmel, aber die Lage ist gegen die Zeit kurz nach dem Umsturz doch wesentlich verändert. Es greift in Kirche und Kirchenvolk jetzt das Bewußtsein erhöhten Eigenwertes Platz und der Wille, mit Entschlossenheit die Hand an den Pflug zu legen, der über das große Schutt- und Trümmerfeld geführt werden soll, aus dem nach saurer, unverdrossener Arbeit das „Neue" kommen muß.

Im Leben von Kirche und Gemeinde zeigt sich nach den letzten statistischen Erhebungen ein erfreulicher Aufschwung, der nicht etwa bloß mit der Stabilisierung unserer Währung zusammenhängt, sondern seine tieferen Wurzeln in Zeitströmungen hat, die allem geistigen Leben günstig sind. Die Welt löst sich langsam aus dem Banne des Materialismus heraus und beginnt wieder Augen zu bekommen für Dinge, die ihr bisher verborgen oder gleichgültig waren. Wie alles tiefere Leben, so litt ja auch die Kirche in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten an nichts mehr als an der bodenlosen Gleichgültigkeit weitester Schichten des deutschen Volkes sittlichen Fragen und seelischen Dingen gegenüber. Die äußeren Formen täuschten, soweit sie gewahrt und betont wurden, nach eine Art Scheinleben vor, aber es war ein zwingendes Leben hinter den starren Fassaden, und die ewigen Quellen sprangen nicht mehr. Wir Mitteldeutschen haben eine Ausnahme davon gemacht. Auch im Lande Luthers thronte die gähnende Langeweile auf den Poliserstühlen des Lebens, satte Menschen verstanden das Wort „Lebenshunger" nicht mehr. Die Eigensucht hatte uns alle krank gemacht. Heute, wo wir ein hungerndes, arbeitsloses Volk sind, haben wir auch wieder für einen anderen Hunger Verständnis, der immer ein Zeichen für Gesundheit ist. Die Jugend hat die Alten aus der Verkumpfung herausgerissen, sie regiert im Augenblick die Stunde, sie sucht einen neuen Kosmos.

Es ist hochinteressant, zu beobachten, wie die Kirche in diesem Verjüngungsprozeß in die Oeffentlichkeit hinausdrängt. Die Besinnung auf die großen Aufgaben der Inneren Mission, geöffnet auf das helfende Ausland, der internationale Zusammenschluß der Protestanten für den gemeinsamen Kampf gegen Schuldlüge und brutale Machtpolitik einzelner Staaten, führt naturgemäß aus der Enge in die Weite. Seit Jahrhunderten fühlt das evangelische Volk zum ersten Male wieder so etwas wie eine eigene Sendung, es will als Gesamtheit gewürdigt werden bei den weltbewegenden Entschlüssen, will seine versittlichenden Prinzipien auch im kleinen Alltag durchsetzen, weil es sich als neuerwachte „Masse" für sich und seine Umgebung verantwortlich fühlt.

Dieser Oeffentlichkeitswille kommt am klarsten zum Ausdruck durch seine Arbeitsverbindungen mit der Presse als der Trägerin der öffentlichen Meinung. Kirche und Presse, Kirchenblatt und Zeitung brauchen einander, sie seien beide Kulturarbeit leisten wollen. Die gute Presse wird ohnedies mit diesem Publikum zu rechnen haben, weil sie Resonanz in allen Kreisen und Schichten sucht. Der Standpunkt, als ob in einer Zeitung nichts von Religion stehen dürfte, ist der klaren Einsicht gewichen, daß eine Zeitung sich keinen berechtigten Wünschen ihrer Leser verschließen darf, soweit nicht das religiöse Bewußtsein anderer dadurch verletzt wird. Das katholische Volk hat seine politische Partei und seine eigenen Zeitungen, die evangelische Oeffentlichkeit ist Gast bei den Tageszeitungen, sofern sie ihre christlichen Belange garantieren. Als Vermittler zwischen beiden Teilen stehen die Ev. Preßverbände, deren ältester ja bekanntlich der unserer Provinz hier in Halle ist.

Diese Preßverbände haben bei ihrer letzten Tagung in Berlin (5.—7. März) unter dem Vorsitz von Exz. D. Dr. v. Hegel und Mitwirkung namhafter Persönlichkeiten von Wissenschaft, Kirche und Regierung Richtlinien vorbereitet, die auch für unsere Provinz von größter Bedeutung werden dürften, weil das Volksbewußtsein bis in seine verzweigten Verästelungen hinein von einheitlichen Gedanken durchdrungen sein will, ehe es zu neuer großer Tat schreiten kann. Von Pressevertretern sprach Dr. Diez, der Direktor des Wolffschen Telegraphenbüros, über „Psychologie der öffentlichen Meinung", Dr. Mohr, der Leiter der zeitungswissenschaftlichen Kommission des Reichsverbandes der deutschen Presse und der Pressestelle im preußischen Kultusministerium, über „Struktur der modernen Tageszeitung", P. Baecker, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung", über „Kirche und Tagespresse" und der Chefredakteur der „Zeit", E. Spieß, über „Neuere Entwicklungen im Pressewesen". Oberkonsistorialrat Lic. Dr. Dibelius, Prof. D. Deißmann und D. Dr. Seeberg formulierten die kirchlichen Forderungen, Direktor Hinderer, der langjährige Direktor des hiesigen Preßverbandes P. Swierczewski und andere machten die praktischen Gesichtspunkte geltend. Die Vorträge standen auf bedeutender geistiger Höhe; die Tagung muß als ein durchschlagender Erfolg gebucht werden. Die Leiter der evangelischen Gemeindeblätter nahmen reiche Anregung mit. Auf Einzelfragen werden wir noch zu sprechen kommen. —

Evangelischer Oeffentlichkeitswille drängt vorwärts. Er ist im Werden begriffen, aber es ist kein Zweifel, daß er eine zukünftige Größe ist, vielleicht wird man das schon bei den bevorstehenden Reichstagswahlen spüren! **Dr. H. H.**

Auffindung einer Handschrift aus dem 9. Jahrhundert. Der Münchener Antiquar Norbert Rosenthal hat soeben einen interessanten Fund gemacht. Als Einband einer Musikhandschrift von etwa 1580 diente ein beschriebenes Pergamentblatt, das bis jetzt ganz unbeachtet geblieben war. Nach sorgfältiger Ablösung der auf beiden Seiten beschriebenen Handschrift in Folio-Format konnte folgendes bestimmt werden: Alter: 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts, also etwa 850 aus der Zeit Karls des Kahlen, spät Karolingisch; Inhalt: nach der Untersuchung eines hervorragenden Fachmannes: Rabanus Maurus Expositio in Levitiorum Capitel VII und Cap. XIII, ersteres handelt über das Opfer, letzteres über den Aussatz. Die Handschrift dürfte aus dem Kloster Fulda stammen, wo Rabanus Maurus 20 Jahre lang Abt war; er starb als Erzbischof von Mainz 856. Sie ist in paläographischer Hinsicht außerordentlich wichtig.

„Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung." Heft 1. Jahrgang 1924. Nach den Methoden und unter Mitwirkung von Ernst Kahn. Frankfurter Sozietätsdruckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Preis 2 M. Jahresbezugspreis für Abonnenten 7 M.

Das erste Heft des neuen Jahrganges der „Wirtschaftskurve" bringt neben der Fortführung der bekannten, an dieser Stelle regelmäßig gesammelten und dargestellten Statistiken zur Beobachtung des deutschen und des internationalen Wirtschaftslebens wieder eine Reihe von wertvollen Neuerungen. So sind u. a. die graphischen Darstellungen der großen deutschen Konzerne durch eine Arbeit über den Otto Wolff-Konzern fortgeführt und weiter ist die deutsche Margarine-Industrie in ihrem Aufbau und ihrer Konzernbildung zum Gegenstand einer Darstellung gemacht worden. In den Kapiteln Produktion, Notenbankdevisen, Staatsfinanzen, Außenhandel und Verkehr findet der Beobachter der Wirtschaft in knapper Form wertvolles statistisches Material. Das Heft enthält ferner die Bedingungen eines neuen Preisausschreibens mit dem Thema: „Steigerungsmöglichkeiten der Produktion innerhalb der deutschen Landwirtschaft".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403092-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 9. März.

Das hohe Lied der Liebe

Sonntag Invocavit 1. Corinther 13.

Die herrliche Epistel des vorigen Sonntags, das hohe Lied von der Liebe, verdient, daß wir an ihr beim Beginn der Passionszeit nicht vorübergehen, sondern uns den ebenso wahren als tiefen Gedanken einprägen: Jesu Leiden ist Jesu Liebe. Von der Liebe, die Menschenherzen verbindet, beglückt, die wie Sonnenschein über diesem kampfreichen, reuvollen Leben liegt, haben unzählige Sänger gedichtet und gesungen, in so vielen Schauspielen ist sie uns ergreifend vor die Augen gestellt, aber keiner hat es doch wie Paulus verstanden, das hohe Lied der Liebe in so unvergeßlichen Worten erklingen zu lassen.

Was ist die Liebe? Wer ernstlich darüber nachdenkt, bleibt vielleicht vor einem undurchdringlichen Geheimnis stehen. Ist Liebe nur ein dunkles, beglückendes Gefühl im Herzen? Ist sie Schaffucht nach Wesensmitteilung und Geistesgemeinschaft? Ist sie die Quelle und der Drang, Gutes zu tun? Ist sie Selbstaufopferung bis zur willigen und freudigen Hingabe des Lebens für den Geliebten?

Und noch andere Fragen erheben sich. Ist Liebe unter allen Umständen eine Tugend, kann sie nicht auch zur Leidenschaft und damit zur Sünde werden? Gibt es nicht bloß eine gebotene Liebe, sondern vielleicht auch eine erlaubte, vielleicht sogar eine verbotene Liebe?

Die herzerquickende Antwort auf alle diese Fragen ist diese: „Gott ist die Liebe." Wer der Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments zu überblicken vermag, der merkt den ungeheuren Forschritt göttlicher Offenbarung und menschlicher Erkenntnis des göttlichen Wesens. Zuerst offenbart sich Gott als der Allmächtige in dem Werk der Schöpfung, und der Mensch sinkt anbetend nieder in dem Gefühl seiner unendlichen Kleinheit. Dann offenbart sich Gott als der Heilige und Gerechte, und der Mensch bebet ihn an mit Furcht und Zittern im Gefühl seiner Sünde und Schuld. Zuletzt offenbart sich Gott als der alliebende Vater in Christo, der nicht will, daß die sündige Welt verloren gehe, sondern daß sie durch seinen Sohn, sein fleischgewordenes Ebenbild, den Abglanz seiner Herrlichkeit und seiner Liebe selig werde. Diese Liebe Gottes ist der unendlich reiche, unerschöpfliche Quell, aus dem alle Liebe fließt, eine Liebe, die wir nicht bloß in der Menschenwelt sehen und selig empfinden, sondern die selbst hineindringt in die Tier- und Pflanzenwelt, ja, deren letzte Ausläufer wir sogar in der Mineralwelt wahrnehmen können. Wie mutig schützt die Henne ihre Küchlein gegen den drohenden Habicht! Wie öffnet sich die Knospe dem Sonnenkuß! Wie ziehen sich die Magnete an? Wie durchströmt die Elektrizität mit rasender Eile das edle Erz! Lauter Ahnungen und Sinnbilder der aus Gott geborenen Liebe.

Von dieser Liebe, die unsere Herzen erfüllen soll, aus der Fülle des Apostels nur diese wenigen, aber köstlichen Worte! Die Liebe glaubet alles, sie hoffet alles, sie duldet alles, die Liebe höret nimmer auf, und am Schluß das noch einmal alles zusammenfassende Wort: „Nun aber bleibet Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die größeste unter ihnen." Glaube, Hoffnung, Liebe sind die drei großen christlichen Tugenden. Warum nennt der Apostel die Liebe die größeste, also größer selbst als der Glaube, den doch unser Heiland stets gefordert und den der Apostel so sehr gerühmt hat? Nun, der Glaube ist eine menschliche Tugend, und er hört auf, wenn er zum Schauen wird. Die Hoffnung ist eine menschliche Tugend, und sie hört auf, wenn sie in Erfüllung geht. Die Liebe aber ist eine göttliche Tugend, sie hört immer auf und sie kann sich auch nicht in etwas Höheres verwandeln, weil es nichts Höheres gibt.

Gottes heiliges Wort soll uns immer zur Selbstprüfung treiben. Wie steht es um die Liebe in deinem Herzen, in deinen Worten, in deinen Werken? Vielleicht stellt uns unser Gewissen ein beschämendes Zeugnis aus. Jedenfalls ist die Passionszeit dazu da, daß wir uns aufs neue in die Liebe Gottes in Christo versenken und aus seiner Liebe unsere Liebe stärken, reinigen, zur Tat und Wahrheit werden lassen.

Konsistorialrat **Gutschmidt.**

Gegen eine Verlegung der Reichsbahndirektion

Eine Eingabe des Hallenschen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes. — Die Unterstützung durch Landwirtschaft, Handel und Industrie.

Der Hallesche Wirtschafts- und Verkehrsverband hatte, wie wir schon berichteten, am Sonnabend mittag zu einer Besprechung über die Maßnahmen, die die Hallenser gegen die, wie gerüchtweise verlautet, beabsichtigte Verlegung oder Auflösung der Reichsbahndirektion Halle ergreifen wollen, eingeladen.

In der Aussprache gab als Vertreter des Magistrats Stadtbaurat Lammers bekannt, der Magistrat habe noch keine endgültigen Schritte in dieser Frage unternommen. Die Anregung des Assessors Hennicke, zum Zwecke einer engeren Fühlungnahme mit dem Reichsbahnministerium und den Landesbehörden, ohne deren Zustimmung eine Verlegung der Reichsbahndirektion nach Leipzig nicht denkbar sei, durch eine größere Veranstaltung in Halle, etwa die „Stadt Halle-Woche", in Berlin größeres Interesse für das mitteldeutsche Wirtschaftsleben wachzurufen, beantwortete Stadtbaurat Lammers dahin, er halte es nicht für zweckdienlich, diese Veranstaltung bis zur „Stadt Halle-Woche" im Juni hinauszuschieben.

Oekonomierat Dr. Raabe versicherte die Unterstützung einer Aktion des Hallenschen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes seitens des Vorstandes der Landwirtschaftskammer, die das größte Interesse daran habe, Halles Verkehrsinteresse in Ordnung zu halten. Er hielt eine persönliche Rücksprache mit dem Landeshauptmann Oeser für zweckmäßig.

Der Syndikus der Handelskammer Halle, Dr. Pfahl, stellte fest, daß die Nachrichten über die Verlegung der Direktion vorderhand noch unkontrollierbare Gerüchte seien. Die Leipziger zögen einen Anschluß an Halle einem an Dresden vor. Was die Frage der Umorganisation anbetreffe, so herrsche auch in Erfurt die gleiche Beunruhigung. Er habe die Sache für noch nicht genügend geklärt, um mehr zu tun, als der Wirtschafts- und Verkehrsverband getan habe.

Als Vertreter des Zentralverbandes Hallescher Unternehmerverbände empfahl Dir. Jaeger eine persönliche Besprechung in Berlin über das vermutete Problem und die Wahl einer Deputation hierzu. Wahrscheinlich würde es sich nicht um eine Verlegung, sondern um eine **Auffassung des halleschen Bezirks** handeln. Der Redner wünschte einen Zusammenschluß zwischen Magistrat, Hallescher Wirtschafts- und Verkehrsverband, Landwirtschafts- und Handelskammer und Zentralausschuß.

Schließlich einigte man sich dahin, die Antwort auf den nach Berlin gesandten Einspruch abzuwarten und in einer neuen Sitzung am 19. März, 5 Uhr nachm. Stellung dazu zu nehmen.

Was bedeutet Fichte für die nationale Bewegung?

Ueber dieses Thema sprach cand. jur. rer. pol. Lucius Kootz, erster Vorsitzender der Halleschen Studentenschaft, während der letzten Zusammenkunft des „deutschen Ostbundes" im Saale des „Hofjäger". Nach einigen einleitenden Sätzen des Vorsitzenden, Herrn Steinicke, ergriff Herr Kootz das Wort. Der Redner begründete zunächst den Begriff völkische deutsche Idee, die im deutschen Volke tief verwurzelt ist und vom Urbeginn bis heute die deutschen Stammeseigentümlichkeiten aufweist, wie sie uns überliefert worden sind in der Geschichtsschreibung von Titus Tacitus bis in die Tage Heinrich v. Treitschkes.

In der Zeit tiefster politischer Erniedrigung vor mehr denn 100 Jahren flammte am dunklen Firmament der klare Schein des Nordlichts auf in der Gestalt des gewaltigen Mahners Johann Gottlieb Fichte. Der Staatsmann Fichte ist zunächst reiner Demokrat, entfernt sich doch in wesentlichen Punkten vom französischen Vorbild. So lehnt er den Aufruhr der Untertanen ab und verwirft die Aufnahme der Juden in die staatliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung mit der übrigen Nation. In seiner weiteren Entwickelung gelangt er von der Demokratie über einen deutsch gedachten Sozialismus zu nationalen Gedanken und zu der Idee, daß der Staat Züchtung und Veredelung des Volkstums als Ziel hat. Darin beruht seine Zukunftsbedeutung, daß er alles das in sich persönlich schon durchgelebt hat, was die Mehrzahl der Nation unter tausend Irrwegen und Entartungen, zuletzt in Niederlage und Revolution, erst langsam in sich verarbeiten muß.

Der Redner ging dann im Laufe seiner Ausführung auf die Erfolge ein und die Reden an die deutsche Nation, sprach von der Burschenschaftsbewegung und dem Traum nach der Einheit des Volkes und seiner Erfüllung durch Otto v. Bismarck. Der Fehler der Entlassung des Altreichskanzlers machte sich bald bemerkbar. In den Händen schwacher Steuerleute fuhr das Staatsschiff in den Weltkrieg hinein. Trotz aller Tapferkeit unserer Soldaten mußte der Krieg verloren gehen, weil die deutsche Politik versagte und die Front von innen her zermürbt wurde. Heute regen sich wieder neue Kräfte, die alles daran setzen wollen, um nicht das Schicksal reichbegabter Völker zu teilen, die zugrunde gingen, weil sie sich an den Grundgesetzen geschichtlicher Wirklichkeit vergangen haben. Die politischen Parteien sind nicht allein bestimmend für die Zukunft unseres Volkes, denn der Flugsand eines politischen Meinungsumschwunges kann innerhalb von Jahresfrist wieder nach der anderen Seite geweht sein. Deshalb müssen wir Volksgemeinschaften bilden, eine unsichtbare Kirche des Deutschtums. Das ist die hohe Aufgabe, die zu lösen sich die vaterländischen Verbände vorgenommen haben.

Der auf guter Fachkenntnis und fleißigem Materialstudium aufgebaute Vortrag wurde von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit reichem Beifall aufgenommen. Herr Steinicke dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen und gab dem Wunsche Ausdruck, Herrn Kootz recht bald wieder in einem ähnlichen Vortrage zu hören. **F. Engelmann.**

— Zahlung der Zusatzrente für März. Die Zahlung der Zusatzrente (Teuerungszuschuß) für Kriegshinterbliebene für März erfolgt als Barzahlung durch die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Kleine Steinstr. 8, III, und zwar: Donnerstag, den 13. März, vormittags von 9—1 Uhr, Buchstaben A—L, Freitag, den 14. März, vormittags von 9—1 Uhr, Buchstaben M —Z. Als Ausweis haben die Empfangsberechtigten bzw. deren Bevollmächtigte die Ausweiskarte unbedingt mitzubringen.

Aus der Partei

9. März, Sonntag, mittags 1.30 Uhr Versammlung aller deutschnationalen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Räumen des Landesverbandes, Leipzigerstr. 17. Alle Parteifreunde sind willkommen. Wichtige Besprechungen.

10. März, Montag. Der Nähabend fällt wegen der Königin-Luise-Feier aus.

11. März, Dienstag abends 8 Uhr im kl. Thaliasaal Gr. öff. Versammlung der Partei, in der die völkische Frage erörtert wird. Referent: Prof. Stieve über: „Wir Völkischen". Einlaßkarten an der Abendkasse. Freie Aussprache.

12. März, Mittwoch, nachm. 5 Uhr Vorstandssitzung des Lehrerbundes in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10.

12. März, Mittwoch, abends 8 Uhr Sitzung der Hausangestellten Reichardtstr. 8.

12. März, Mittwoch, abends 8 Uhr Zusammenkunft der Jugend Turnhalle Friesenschule.

13. März, Donnerstag, nachm. 4.30 Uhr Frauenausschußsitzung im Landesverband, Leipzigerstr. 17. Medizinalrat Bundt spricht über die Wahlen. Die Damen des Vorstandes werden gebeten, schon 3.30 Uhr zu erscheinen.

14. März, Freitag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung der Arbeitergruppe im Evang. Vereinshaus, Mittelstr. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste willkommen.

14. März, Freitag, abends 8 Uhr Vortragsabend Mitte-Ost, Zimmer 1 und 2 St. Nikolaus. Dr. Seeligmüller spricht über die kommenden Wahlen. Alle Parteifreunde sind eingeladen. Gäste willkommen.

17. März, Montag, abends 8 Uhr Nähabend Leipzigerstraße 17, II.

17. März, Montag, abends 8 Uhr Versammlung der Gruppe Mitte-West im St. Nikolaus, Nikolaistr. Vortrag, Aussprache, Unterhaltung. Gäste willkommen.

18. März, Dienstag, abends 8 Uhr im Wintergarten gr. öff. Vortrag des Reichstagsabgeordneten und Angestelltenführers Walter Lambach-Berlin über: „Völkisch und sozial — Deutschnational." Alle Männer und Frauen sind willkommen. Besonders die Angestelltenschaft wird zum Besuch der Versammlung eingeladen.

19. März, Mittwoch, abends 8 Uhr Zusammenkunft der Jugend Turnhalle Friesenschule.

20. März, Donnerstag nachm. 3 Uhr Sitzung des gr. Ausschusses im Stadtschützenhaus. Tagesordnung: 1. Das völkische Programm der Partei (Prof. Stieve). 2. Die kommenden Gemeindewahlen (Kreisschulrat Luße). Einladung mitbringen.

20. März, Donnerstag, abends pünkt. 7 Uhr 1. Aufführung des Schauspiels „Die Quixows" von E. v. Wildenbruch im Thaliasaal. Vorverkauf beginnt am Dienstag, den 11. März in der Parteigeschäftsstelle.

21. März, Freitag, pünktlich 7 Uhr abends 2. Aufführung der Quixows. Vorverkauf für diesen Tag ebenfalls ab 11. März in der Geschäftsstelle.

22. März, Sonnabend, nachm. 3 Uhr Jugendgruppe in der Turnhalle der Friesenschule.

26. März, Mittwoch abends 8 Uhr Unterhaltungsabend der Gruppe Süd-West im Hofjäger, Lindenstr.

27. März, Donnerstag, öff. Versammlung im gr. Thaliasaal. Es spricht Graf Westarp über „Die große Entscheidung". Der Vorverkaufsbeginn wird noch bekanntgegeben.

Unsere Mitglieder werden gebeten, an der Feier des Königin-Luise-Bundes am Montag, den 10. März, abends 8 Uhr im oberen Saal des Stadtschützenhauses und in der Loge zu den drei Degen teilzunehmen.

Vereins-Nachrichten

„Scharnhorst", Bund deutscher Jungmannen. Auf die Vorführung des „Braunkohlen-Films" für die vaterländischen Verbände am heutigen Sonntag, den 9. März, 11 Uhr vormittags im C.T. wird aufmerksam gemacht. Musik der Bergkapelle. Gesangsvorträge. Karten zu 50 Pfennig bis 1 Mark an der Tageskasse.

Königin Luise-Bund. Montag, den 10. März, abends 8 Uhr Geburtstagsfeier der Königin Luise, „Loge zu den 3 Degen", Paradeplatz, und oberer Saal des „Stadtschützenhauses". Karten bei Rühl und „Hallesche Zeitung".

Volkswirtschaft

Gewerbesteuer-Vorauszahlung

Nach einer preußischen Verordnung vom 16. Februar beträgt der Gewerbesteuergrundvertrag, d. h. der Betrag, der den Vorauszahlungen zugrunde gelegt ist, 10 v. H. der Vorauszahlungen auf die Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer. Dieser Betrag ist die staatliche Grundziffer. Er wird nicht erhoben, sondern dient nur den Gemeinden als Grundlage für ihre Zuschläge. Diese sind in den einzelnen Gemeinden verschieden, man achte daher auf die demnächst herauskommenden Bekanntmachungen der Gemeinden. Sie werden voraussichtlich für das laufende Rechnungsjahr, d. h. vom 1. April 1924 bis 31. März 1925, 500 bis 1000 v. H. betragen, so daß also 50 bis 100 v. H. der Einkommen- und Körperschaftssteuer-Vorauszahlung zu entrichten sein werden. Die erste Vorauszahlung dieser Art ist am 10. April zu leisten. Schonfristen bestehen nicht.

Pfandbriefe der Hypothekenbanken. Die Versuche der Hypothekenbanken, durch Absatz von Pfandbriefen Geld für Ausleihungen zu erhalten, sind im großen und ganzen erfolglos geblieben, andere Versuche, diese Rentenpapiere im Auslande unterzubringen, gewissermaßen also eine Auslandsanleihe aufzunehmen, sind ebenfalls gescheitert. An und für sich besteht keine Verlustgefahr, da die Grundlage im allgemeinen Feingold, Roggen oder ein anderer beständiger Wert bildet. Deshalb sind die Hypothekenbanken jetzt dazu übergegangen, eine höhere Verzinsung zu bieten, um das Sparkapital zu interessieren. Die Preußische Pfandbriefbank legt 8 Millionen Mark 6 prozentige Goldpfandbriefe auf, die durch erststellige Feingoldhypotheken gesichert werden. Bei einem Zeichnungskurse von 80 v. H. werden sie im Jahre 1929 zum Nennwert zurückgezahlt, die Jahresverzinsung des Anlagekapitals beträgt also 12½ v. H. Diese Verzinsung durch ein goldgesichertes Papier ist unerreicht hoch und läßt erkennen, daß die Kreditanforderungen so zahlreich und so dringend sind, daß selbst für ganz sichere Beleihungen Zinssätze von mehr als 12 v. H. geboten werden.

Bezugspreise des Steinhandels.

Festgesetzt von der amtlichen Lebensmittel-Notierungskommission am Freitag, den 7. März 1924, nachmittags 3 Uhr. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo in Goldmark frei Bahn oder Haus Halle in Originalpackungen mittlere Qualitäten, im Ausnahmefall erhöhen sich die Preise um 6 Prozent. Mühlenfabrikate: Gerstengraupen, grob, lose 17,50; Haferflocken 18; Weizengrieß 18,75; Kartoffelmehl 18,50; Schnittnudeln in Papierkästen 22,50; Maccaroni aus Hartgrieß, lose 40; Bohnen, ungar., Mittel- 24; Viktoria-Erbsen I 20; Mittelgroße Erbsen II 18,50; Linsen, russ. kl. Mittel- 33; Linsen, große, Heller- 42; Burma-Reis II 19; Reisgrieß, grob 15,75; Aprikosen, choice northern —; Korinthen 74; Sultaninen, extrfff. Carab. 88; Sultaninen, kiup 86; Pflaumen, bosn. 95/100er in Kisten 44; Pflaumen, fränk. i. Sch. 82; Mirabellen, prime, evaporated 95; Mandeln, süße, ausgesucht 150; Mandeln, bittere, ausgewogen 185. Gewürze: Pfeffer, schwarz 101; Pfeffer, weiß, Muntok 140; Piment, Jam. 77; Kümmel, holl. 145; Cornebl, ganz 220; Zimt, gem. 123; Guatemala, prima, roh 252; Guatemala, prima, geröstet 330; prime Santos, roh 200; prime Santos, geröstet 263; hochf. Costa Rica, roh 290; Gerste, gebrannt, lose 18; Tee, Souchong, lose in Kisten 316; Tee, Ceylon, lose in Kisten 462; Speiseöl in 15 Ko.-Kannen 69; Schmalz, amerik. 72,50; Zucker, inländ. Melis 41; Kunsthonig 42; Cornedbeef p. Kiste = 12 Dosen zu je 6 Pfd. engl. 89; Deutsche, fort., 700/750er in 1/1 Do. 62; Norweger 7/800er in 1/1 Do. 28,50; Holländer, fort., 7/800er in 1/1 Do. 62; Yarmouthmatfulls in 1/1 Do. 7/800er 70

Metalle.

Berlin-Oberschöneweide, 7. März. Wochenbericht der Deutschen Metallhandel A.-G. Die feste Stimmung am Weltmetallmarkt blieb in der zu Ende gehenden Berichtswoche unverändert erhalten. Die Berichte erster englischer und amerikanischer Metallhäuser lauten nach wie vor für sämtliche Metalle günstig und besonders Kupfer, das bisher ziemlich vernachlässigt gewesen war, wird recht zuversichtlich beurteilt. Blei, das in den letzten Wochen prozentual die höchste Steigerung aufzuweisen hatte, liest auch weiterhin durchaus fest, da der Verbrauch in diesem Metall nach wie vor sehr stark ist und einstweilen mit größeren Zufuhren aus Mexiko, einem Hauptproduktionsland für Blei, nicht gerechnet werden kann. Auch Zink und Zinn werden optimistisch beurteilt, und man glaubt einstweilen kaum, daß größere Rückgänge eintreten werden. Die von uns schon wiederholt erwähnte Knappheit von Altmetallen in Deutschland hält weiter an. Infolge dieser Knappheit mußten die unter Auslandsparität liegenden deutschen Preise stark heraufgehen, so daß es heute schon wieder möglich ist, in kleinerem Umfange auch Altmetalle nach Deutschland zu importieren. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß Deutschland heute Altmetalle einführen muß, während vor dem Kriege große Mengen dieser Materialien, besonders nach England und Amerika, exportiert wurden. Die Londoner Notierungen vom 7. März d. J. betragen: Kupfer prompt 68,—, 3 Monate 68,875, Zinn prompt 280,875, 3 Monate 282,375, Blei, nahe Sichten 39,875, entfernte Sichten 38,375, Zink, nahe Sichten 36,125, entfernte Sichten 35,875.

Chemikalien.

Hamburg, 8. März. (Karl Heinr. Stöber Komm.-Ges. a. A. Hamburg 11.) Abnehmende Woche brachte geringe Belebung. Besonders in Alkalien regte sich die Kauflust, doch waren die Preise gedrückt. Natronatron lebhaft. Preisforderungen zwischen 8 und 7,85 Dollar per 100 Kilo netto. Aetzkali: Nachfrage bei fester Stimmung. Notiert etwa 54 Goldmark per 100 Kilo netto. Kalilauge vernachlässigt. Werkspreise um 2 Goldmark erhöht. Verlangt 29 bis 31 Goldmark. Soda calc.: Größeres Interesse, wiederholte Abschlüsse. Preis unverändert. Soda krist.: Weniger Käufer. Preis wie bisher 9,50 bis 9,75 Goldmark. Pottasche fest. Farben: Anfang der Woche sprunghaft angiehende Preise, dann plötzlicher Preissturz infolge Rückgangs der Weltpreise. Notierungen: Bleimennige Basis 47 Pfund per 1000 Kilo, Zinkweiß Basis 46/10 per 1000 Kilo. Antichlor hin und wieder gefragt. Käufe Pfund. Gefordert für kleine Versorm 18 Goldmark per 100 Kilo, für große Versform 92 Goldmark per 100 Kilo. Nachfrage in Borax. Preise senkten sich um etwa 5 Prozent. Für kristallisierte wurde Basis 24 Pfund, für pulverisierte Ware Basis 23,5 Pfund bezahlt. Chlorkalk notierte mit 22 Goldmark per 100 Kilo. Für Essigsäure Forderung 145 bis 150 Goldmark. Preisreduzierung der Konvention wirkte lähmend. Salmiakgeist ruhig. Preise unverändert. Schwefelnatrium bei gleichen Preisen wenig gefragt. Interesse der Verbraucher für die 60/62 prozentige Ware in Brocken im Gebrauch wachsamer und auch sonstige Vorteile. Preis 27 Goldmark per 100 Kilo. Umsatz in Wasserglas belebte sich etwas. Für prompt lieferbare Ware wurden 10 Goldmark bezahlt. Exportgeschäft unverändert ruhig. Anhaltender Frost beeinflußt Absatz nach den Randstaaten.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft und Mitteldeutschland: Hermann Huth; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Sport: Dr. Erich Seltheim. Für den Anzeigenteil: Paul Zerjen, sämtlich in Halle. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403092-14/fragment/page=0003

Hallische Hochschulstimmen

Amtliches Organ der Hallischen Studentenschaft.

Studentenschaft und Kulturaufgaben

Dadurch, daß sich die Kammer der Hallschen Studentenschaft bereit erklärte, in Anlehnung an die Vorbilder anderer Studentenschaften dem Gedanken einer Mitteldeutschen Heimatwoche nachzugehen und sich bemühte, ihn auch zur Ausführung zu bringen, hat sie vor aller Welt den Beweis erbracht, daß sie festen Willens war, nach den langen Verfassungskämpfen ihrer eigentlichen Aufgabe zu folgen und wirklich Kulturarbeit zu leisten. Der ehrliche Wille war vorhanden; daß die Heimatwoche nicht den Erfolg gehabt hat, den man sich vorher versprochen hatte, ist nicht die Schuld der Studentenschaft. In verschiedenen hiesigen Tageszeitungen sind Kritiken in malam partem erschienen, denen ich insgesamt erwidern möchte. Wenn jede Gruppe oder jedes Grüppchen mit eigentlich nur lokaler Bedeutung, deren Ziele nicht so abgrundtief mit der mitteldeutschen Heimat verbunden sind, sich berechtigt glaubt, bei einer solchen Woche hinzuzugezogen werden zu müssen, so ist das ein schwerer Irrtum, denn die Woche müßte dann auf Jahresfrist ausgedehnt werden. Die alte Binsenweisheit bleibt bestehen: Allen Menschen recht getan, ist auch heute noch eine Kunst, die niemand kann.

Die Kritik, die von seiten der Studentenschaft aus erfolgen könnte, ist nur die, daß die „Hallesche Studentenschaft" nur ihren Namen hergeben mußte im Interesse der Allgemeinheit, sonst aber nur zu subalternen Funktionen, wie das Ausgeben von Karten und das Schreiben von Briefen herangezogen wurde. Daß dann die Studentenschaft bei einer solchen Hintansetzung nicht gerade mehr ein glühendes Interesse aufzubringen imstande ist, dürfte wohl allen einleuchten. Die Schuldfrage hier zu klären, halte ich nicht für angebracht, das werde ich an anderer Stelle, wenn man es von mir verlangt, ausführlich darlegen.

Die Studentenschaft ist aber keineswegs entmutigt, den einmal eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Sie wird sich in Zukunft nur besser vorsehen, daß sie nicht mehr als Statist in Erscheinung zu treten braucht. Für das Sommersemester sind eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Ferner sind Verhandlungen im Gange, um in Anlehnung an die nationalen Verbände, insbesondere die Kulturvereinigungen, den alten Gedanken der nationalen Volkshochschule wieder aufzunehmen. Es sei an dieser Stelle die breite Oeffentlichkeit noch einmal darauf hingewiesen, daß der Gedanke der Volkshochschule, im Jahre 1919 von der deutschen Studentenschaft begeistert aufgenommen wurde. Auch die hallesche Studentenschaft hatte sich der gleichen Aufgabe unterzogen. Wie es aber kommen konnte, daß ihr das Heft aus der Hand genommen wurde, und sie, wie so oft, mit einem nonchalanten, väterlich-gütigen Lächeln beiseite geschoben wurde, das läßt sich heute nicht mehr genau auseinandersetzen.

Auf jeden Fall steht heute fest, daß die Volkshochschulkurse, wie sie heute sind, in den ersten Tagen der Revolution von ängstlichen Gemütern in steter Furcht vor der Gewalt der Straße eingerichtet worden sind, heute nicht mehr den Ansprüchen der Allgemeinheit genügen. In einer Zeit, wo wieder der Frühlingswind des nationalen Erwachens durch die Lande geht, insbesondere bei der handarbeitenden Bevölkerung, sind solche flaumweichen Vorlesungen über Theorie und Praxis des Sozialismus nicht mehr ganz aktuell. Die praktischen Erfahrungen, die wir in den Nachkriegsjahren machen konnten, lassen in uns nicht noch einmal den Wunsch nach weiteren staatsgefährlichen Experimenten aufkommen.

Die Studentenschaft hat ein Recht, zu fordern, daß in den Lehrplan der Volkshochschule die Geschichte des deutschen Volkes, wie sie uns von unseren allseitig bekannten Geschichtsforschern (z. B. L. v. Ranke und H. v. Treitschke) verbreitet und versiegelt worden sind, aufgenommen werden. Bisher wurde dieses abgelehnt, wahrscheinlich um nicht bei jenem Anstoß zu erregen, die ihrer Meinung nach „jenseits von Gut und Böse stehen". Ferner ist es unsere größte nationale Aufgabe der Gegenwart, die breite Masse von dem Schanddiktat von Versailles und seinen verhängnisvollen Auswirkungen zu unterrichten. An geeigneten Lehrern fehlt es in Halle wirklich nicht.

Die Studentenschaft ist sich bewußt, daß sie bei dieser Arbeit auf Schwierigkeiten stoßen wird, insbesondere bei denen, die bei jeder Gelegenheit über die Selbstverwaltung spötteln zu müssen glauben, aber einer freien Selbstbetätigung stets hinderlich sind. Die Studentenschaft wird diesen Weg unbehindert gehen in enger Anlehnung an die vaterländischen Kreise. Sie will in keiner Weise parteipolitisch sein, sondern von der freien Warte der Wissenschaft aus den nationalen Weg gehen, den sie als deutsche Studentenschaft zu gehen hat, und ihrerseits auch teilhaben an dem geistigen Neuaufbau des dritten, größeren Deutschland.

Lucius Kootz, jur. et rer. pol.

Studentenhilfe

Unser deutsches Studententum ist auf das Höchste gefährdet. Staat und Reich sind nicht mehr in der Lage, die Mittel für das Fortbestehen der vorhandenen Hochschulen im bisherigen Ausmaß aufzubringen. Man trägt sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken, den Betrieb wichtiger Lehr- und Forschungsstätten stark einzuschränken; in der Oeffentlichkeit redet man davon, einige zum Teil sehr alte Hochschulen ganz aufzulösen. Es bedarf keiner Worte, daß durch ein solches Vorgehen eine der wenigen noch übrig gebliebenen Stützen und Träger des Staatsgedankens und des Wirtschaftslebens verloren gehen. Die Folgen solcher Maßnahmen sind unüberseehbar und für unser Vaterland geradezu verderbenbringend. Diese durch die Geldnot hervorgerufenen Erwägungen werden noch gestärkt durch die überaus große wirtschaftliche Not der deutschen Studentenschaft. Wenn es auch geglückt ist, einen größeren Teil der zum Unterhalt der Studentenküchen und sonstiger Unterstützungsanstalten notwendigen Mittel durch die Opferwilligkeit aller Berufsstände aufzubringen, so reichen diese Spenden doch nicht aus, um die betreffenden Anstalten für das jetzt laufende und das kommende Sommersemester durchzubringen. Schon jetzt sind verschiedene Hochschulen vor die Frage gestellt, ob sie ihren Betrieb noch bis Ende Februar durchführen können, da die Studenten nicht mehr die Mittel für ihren Unterhalt aufbringen können und infolgedessen nach den Hochschulen nicht mehr zurückkehren.

Dieser unerträgliche Zustand muß in unserem ureigensten Interesse beseitigt werden.

Auf Anregung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, der offiziellen Gesamtorganisation der Deutschen Hochschulen, hat sich in Berlin unter dem Vorsitz des Prof. Kühler-Greifswald, M. d. L., ein ständiger Ausschuß aus Vertretern der landwirtschaftlichen Berufsverbände gebildet, der die deutsche Studentenschaft in Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen zur Beschaffung von Lebensmitteln sachverständig beraten will.

Man darf zu der deutschen Landwirtschaft das Vertrauen haben, daß sie trotz der großen Belastung, die durch die Abgaben, Steuern und Lasten, auf der Landwirtschaft ruhen, trotz starker Inanspruchnahme seitens anderer hilfsbedürftiger Kreise so viel Lebensmittel zur Verfügung stellen wird, daß wenigstens die Studentenküchen für das kommende Sommer-Semester versorgt werden können.

Eine große Anzahl alter Verbindungsstudenten versorgt seinen Bund mit Lebensmitteln aller Art, bei dem größten Teil ist es, trotzdem sie es herzlich gern möchten, unmöglich. Wenn ein alter Herr in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein oder Schlesien wohnt und hat in Süd- oder Mitteldeutschland studiert, so würde die Fracht weit mehr ausmachen, als er an Lebensmitteln versendet, ja selbst die Fracht von Prov. Sachsen, Freistaat Thüringen nach Süddeutschland würde soviel verschlingen, daß sich ein Versenden von Lebensmitteln nicht lohnen würde.

An diese alten Akademiker, die in Erkenntnis der wirtschaftlichen Not, in der sich besonders die studentische Jugend befindet, gern helfen wollen, durch ihre geographische Lage aber ihre eigenen jungen Bundesbrüder mit Lebensmitteln nicht unterstützen können, wird die dringende und herzliche Bitte gerichtet, diese Gaben der Gesamtheit der Deutschen Studentenschaft zukommen zu lassen.

In Anbetracht der großen Wichtigkeit dieser Frage hat der Reichs-Landbund seine Hauptgeschäftsstellen im Lande und Provinzen angewiesen, sich dieser Angelegenheit aufs nachdrücklichste anzunehmen und sich hierzu in Verbindung zu setzen einerseits mit den allgemeinen Studentenausschüssen (Asta) der in ihrem Gebiet befindlichen Hochschulen, andererseits bei ihren Landbundmitgliedern, die Akademiker sind, dafür einzutreten, daß sie Lebensmittel bzw. Geldspenden für die studentische Wirtschaftshilfe der örtlichen Hochschulen zur Verfügung stellen.

An alle alten Akademiker, die Mitglieder des Reichs-Landbundes sind, geht hiermit der Ruf, diese Aktion nachdrücklichst zu fördern und sich dieserhalb mit den Kreisgeschäftsstellen der Landbünde sogleich in Verbindung zu setzen.

Damit würde einmal der beste Teil des deutschen Volkes, die akademische Jugend, von dem falschen Vorurteil, das leider heute noch in vielen städtischen Kreisen gegen die Landwirtschaft herrscht, geheilt, andererseits würden die alten Studenten, ob Inkorporierte oder Finken, von neuem dokumentieren, wie großes Interesse sie der gesamten Studentenschaft entgegenbringen.

Dieselhordt.

Das Studentenwerk Berlin

Seit Anfang Dezember funktioniert die zusammende Organisation der Fürsorgestellen der Berliner Studentenschaft im „Studentenwerk Berlin e. V.". An der Spitze steht der ehemalige Reichskanzler D. Dr. G. Michaelis. Das Studentenwerk arbeitet auf dem Gebiet der inneren Fürsorge durch die Fürsorgeausschüsse an den einzelnen Berliner Hochschulen und verabredet mit diesen die Richtlinien für die Fürsorge und stattet sie mit Mitteln aus, die sie zur Betätigung benötigen. Hier handelt es sich um die Beschaffung von Wohnungen, Vermittlung von Arbeit, von Vergünstigungen bei Bahnfahrten und insbesondere um Krankenfürsorge. Unter der Leitung des Professors Ceelen von der Universität haben sich einige Vertrauensärzte zur Verfügung gestellt und untersuchen die Pflegebedürftigkeit der Kranken und Gefährdeten. Die Ausschüsse selbst äußern sich daneben über die Bedürftigkeit. Es werden Kranken-Freitische gewährt und Zusatznahrung in Form von Milch, Kakao und Fett überwiesen und die Bettlägerigen und ans Zimmer Gefesselten werden von Damen und Schwestern des Vaterländischen Frauenvereins, Abteilung Studentenfürsorge, besucht und betreut.

Es ist eine Schuhmacherwerkstatt in der Universität eingerichtet, in der Reparaturen billig vorgenommen und Studenten zur Vornahme dieser Arbeiten ausgebildet werden. Eine Friseurstube und eine Schreibmaschinen-Lehrstube werden demnächst folgen.

Das wichtigste ist die Verwaltung der Speiseanstalten. Es gibt 2 große Speiseanstalten, die eine in der Friedrichstraße in der früheren Kaserne des 2. Garde-Regiments, die andere in Charlottenburg in der Hochschule. Eine dritte mittlerer Größe für etwa 500 Studenten ist in dem Heim des Deutschen Studentendienstes in der Dorotheenstraße. Insgesamt soll im Endergebnis für etwa 4500—5000 Studenten gekocht werden. Die geschäftliche Verforgung der Speiseanstalten liegt bei der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Hochschulen.

Die Fürsorgearbeit für die Studenten stellt ihre Leiter vor schwere Probleme. Auf der einen Seite ist es erwünscht, den in Not befindlichen Studenten (und das ist der größte Teil der Hochschüler) soviel Vergünstigungen zu gewähren wie möglich. Aber andererseits muß verhindert werden, daß der Nachwuchs sich verleiten läßt, wegen der Billigkeit zu studieren, und daß die Zahl der deutschen Studenten nicht nur nicht abnimmt, sondern womöglich zunimmt. Das wäre kulturell und volkswirtschaftlich, sozial und berufsmäßig eine große Gefahr. Deutschland hat noch immer 110 000 Studenten und Hochschüler. Nach den amtlichen Statistiken können hiervon noch nicht die Hälfte in absehbarer Zeit in ihrem Beruf erfolgreiche und sie nährende Beschäftigung finden. Die Gefahr des Heranwachsens eines geistigen Proletariats steht vor der Tür.

Das Streben des Studentenwerkes und, so wird gehofft, auch der Wirtschaftshilfe für die ganze deutsche Studentenschaft muß also dahin gehen, alle materielle Fürsorge auf geschäftliche Basis zu stellen, von der Allgemeinheit der Studentenschaft die Preise für die Benutzung der studentischen Einrichtungen zu fordern, die gezahlt werden müssen, wenn der Betrieb balanzieren soll und nur wirklich bezahlen und bedürftigen Studenten Ermäßigung oder Befreiung zu gewähren. Der Student muß sich wieder daran gewöhnen, für sein Studium zu bezahlen und wenn der Durchschnittsschüler dies nicht kann, dann soll er einen anderen Beruf wählen, es sei denn, daß so besondere Gründe vorliegen, ihm freies Studium zu verschaffen, daß von der Regel der Selbsterhaltung Abstand genommen werden kann.

Daß auch gerade hier wieder neue große Gefahren auftauchen — Auswahl nach nicht sachlichen Gründen, Irrtum über Fähigkeit und Begabung — sei nur nebenbei angedeutet. Aber die Schwierigkeiten und Gefahren dürfen nicht hindern, an die Lösung des Problems heranzutreten. Es ist für die Zukunft deutscher Wissenschaft und deutscher Kultur von entscheidender Bedeutung.

Literarische Tätigkeit Hallescher Gelehrter

Geh. Medizinalrat Dr. med., Dr. phil. h. c. Emil Abderhalden, ord. Prof. d. Physiologie: Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Lief. 123—125. Berlin, Julius Springer.

Geh. Regierungsrat Dr. phil. Friedrich Bechtel, ord. Prof. d. vergleichenden Sprachwissenschaft: Die griechischen Dialekte. Band 3: Der ionische Dialekt. Berlin, Weidmann.

Dr. med., Dr. jur., Dr. phil. Max Kauffmann, weiland außerord. Prof. d. Psychiatrie u. Nervenheilkunde: Sozialismus u. Wirklichkeit. Halle a. S., Carl Marhold.

Geh. Konsistorialrat Dr. theol. h. c. Wilhelm Lütgert, ord. Prof. d. systematischen Theologie: Beilagen zur Geschichte der Religion des deutschen Idealismus. 1. Geist u. Methode. Eine Antwort an die Theolog. Literaturzeitung. 2. Kant als Idealist u. als Realist. 3. Quellennachweise zu Bd. 1 u. 2 der Religion des deutschen Idealismus. (= Beiträge zur Förderung christlicher Theologie Bd. 29 Heft 1). Gütersloh, Carl Bertelsmann.

Neuerwerbungen der Universitäts-Bibliothek Halle

Wochenausstellung vom 10. bis 15. März.

Ramsay, C. A.: Tachographia oder Geschwinde Schreibe-Kunst. Faksimileausdr. 1904. — Gla, D.: Repertorium der kathol. theol. Literatur. 1895. — Buchanan, C. S.: Sacers Latin Texts 1914 ff. — Lassalles Briefwechsel mit Gräfin Hatzfeld. Herausgegeben von G. Mayer. 1924. — Oppenheimer, F.: System der Sociologie. 1923. — Belsch, K. J.: Griechische Geschichte. Bd. 3. 1923. — Illustr. Elsässische Rundschau. 1898 ff. — Kunst und Volk, Halle. 1921 ff. — Die Bücherhalle, Leipzig. 1919 ff. — Chronik der Familie. Wesener 1921. — Root, W. T.: t sociopschological study of 53 Supernormal children. 1921. — Stockton, J. L.: Definition of intelligence. 1921. — Karstadt, O.: Methodische Strömungen der Gegenwart. 1922. — Ausgrabungen der Deutschen orientalischen Gesellschaft in Tell El-Amarna (Porträts der Königin Norfet-Ete). 1923. — Deutsches Musikfahrbuch, herausgegeben von R. Cuno. 1923. — Krogh, T.: Das dänische Singspiel im 18. Jahrhundert. 1923. — L. Euleri Opera omnia. Vol. 7. 1923. — Mitteilungen der medizinischen Fakultät in Tokio. 1920 ff. — Magerhofer, E. und Pirquet, C.: Lehrbuch der Volksernährung. 1920. — Osler, W.: Lehrbuch der internen Medizin. 1900. — Handbuch der mikrobiologischen Technik. 1923. — Das Fernsprechen im Weltverkehr. 1923.

Vom Schwarzen Brett

1. In der letzten Kammersitzung wurde der Ferienvorstand gewählt. Er setzt sich zusammen aus: Herrn Kootz, Herrn Engelmann, Herrn Schönleiter, Frl. Kettner und Herrn Grimm.

2. Der Haushaltsplan (von Kammer und Vermögensbeirat genehmigt) sieht einen Kopfbeitrag von 1,50 M. für das Semester vor. Näheres am Schwarzen Brett.

3. Bei genügender Beteiligung hat sich die „Tulpe" bereiterklärt, ihren Betrieb während der Ferien aufzuhalten.

4. Ueber die Schließung der Seminare erfolgen noch nähere Anweisungen.

5. Die Sprechstunden des Vorstandes sind täglich von 12 bis 1 Uhr.

6. Das Wirtschaftsamt wird so lange wie möglich während der Ferien geöffnet bleiben.

Von der Studentenschaft

Die Kammer der Hallschen Studentenschaft hat den Vorstand ermächtigt, von den Erträgnissen des Etats dem Denkmalsfonds für die gefallenen Hallschen Studierenden einen Betrag in Höhe bis zu 500 Goldmark zur Verfügung zu stellen. Der Vermögensbeirat hat seinerseits hierzu seine Genehmigung erteilt.

— **Zeitfreiwillige.** Vereinzelt laufen immer wieder beim 2. (preußischen) Bataillon 12. Infanterie-Regiments, Quedlinburg, Anfragen ein, ob dort noch „Zeitfreiwillige" eingestellt werden. Die Einstellung der Zeitfreiwilligen hat nach der Revolution in den Jahren 1918 bis 1920 bestanden. Seitdem aber das jetzige, nach dem Friedensvertrag gebildete 100 000-Mann-Heer aufgestellt ist, finden Einstellungen nur auf Grund des Wehrgesetzes statt. Hierin ist nur eine zwölfjährige Dienstzeit für Mannschaften vorgesehen. Anfragen, ob Einstellung auf kürzere Zeit, sechs bis acht Wochen oder ein bis zwei Jahre, möglich ist, sind daher aussichtslos. Solche Einstellungen haben im stehenden Reichsheere nicht stattgefunden und dürfen auch in Zukunft nicht vorgenommen werden.

— **Die 3. Rheinische Literatur- und Buchwoche** wird in diesem Jahre verbunden mit einer Musikwoche im Juni und Juli in den Kölner Ausstellungshallen stattfinden und noch vor Pfingsten eröffnet werden. Außer literarischen und musikalischen Veranstaltungen größeren Stils wird eine Ausstellung vorbereitet, die sich auf dem Gedanken aufbaut „Die Landschaft als Motiv in Literatur und Musik." Eine besondere Gruppe „Das Stadt- und Landschaftsbild" wird die Eigenart, Schönheit und Anziehungskraft der rheinischen Stadt und Landschaft veranschaulichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403092-14/fragment/page=0004